Politische Rahmenbedingungen der Frauen- und Drogenarbeit

Autor(en): **Stocker, Monika**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **22 (1996)**

Heft 5

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-801141

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politische Rahmenbedingungen der Frauen- und Drogenarbeit

Wie können die spezifischen Bedürfnisse der Frauen aufgenommen werden, ohne gleichzeitig deren Ausgrenzung zu zementieren?

MONIKA STOCKER*

Wenn wir schon die Rahmenbedingungen der Drogenarbeit als schizophren bezeichnen müssen, dann gilt dies für die Frauen-Drogenarbeit erst recht. Wir bewegen uns da in einer gesellschaftspolitischen Neurose, wie sie gestörter nicht sein kann. Darin ein rationales, wirksames, verantwortliches Handeln zu finden, kann immer nur vorläufig und für kurze Zeit möglich sein.

Schizophrene Wahrnehmung des Problems

Während alle Welt sich dem Markt und seinen Gesetzen verschrieben hat und bereit ist, sich den Mechanismen von Angebot und Nachfrage zu unterwerfen, soll dies explizit für gewisse Betäubungsmittel nicht gelten. Damit ist ein Schwarzmarkt eröffnet und staatlich sanktioniert. Dadurch unterwerfen wir den Drogenhandel den schwarzen Mächten und nehmen in Kauf, dass sich die Rechte des Stärkeren unkontrolliert und ohne staatlichen Einfluss und Korrektur verbreiten können. Wir erklären einen Markt als unzugänglich für die Mechanismen des Marktes. Das ist schizophren.

Neurotischer Umgang mit den Regulierungen

Während der Staat die Aufgabe erhält, sich des Drogenproblems und seinen negativen Folgen anzunehmen, bekommt er gleichzeitig keine rechtlichen Mittel, diese rational anzugehen – nämlich, indem man diesen Markt der allgemeinen Kontrolle des Marktes unterstellt. Vom Staat wird also eine Regulierung in einem Gebiet erwartet, das man explizit der Regulierung entzogen hat.
Dies muss man wissen, wenn man in der Drogenarbeit aktiv ist; sonst leidet man zuviel: zuviel unter der Irrationalität und zuviel unter dem unmöglichen Auftrag.

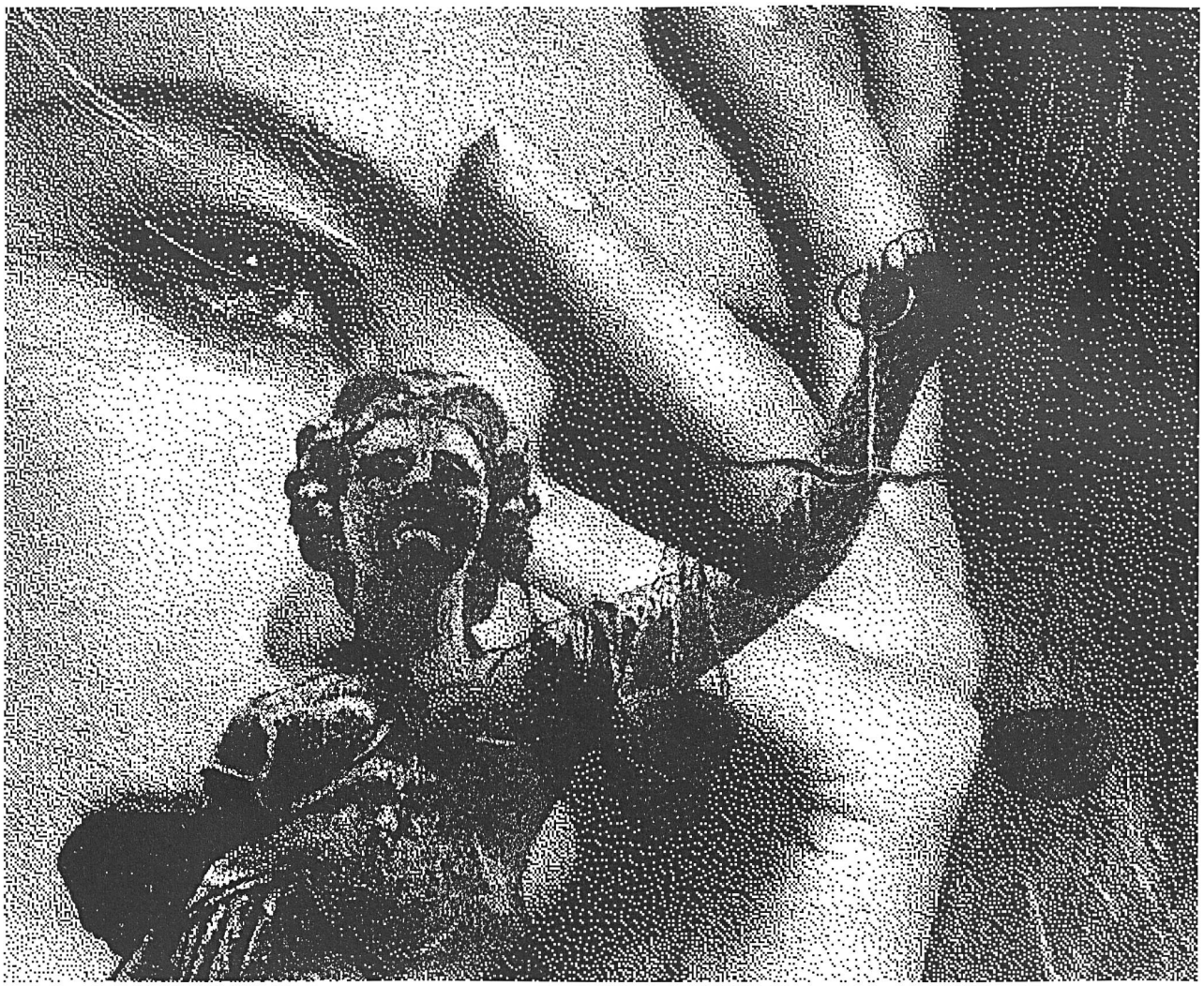
Und die Frauen?

Wenn wir nun die Frauenfrage ins Zentrum rücken, so wird die Schizophrenie noch klarer. Frauen unterstehen schon im «normalen» gesellschaftlichen Umfeld einer besonderen «Marktsituation»; sie machen im Patriarchat ein Angebot, das immer wieder und gern genutzt wird. Die implizite Ausbeutung der Frauen ist mindestens heute im öffentlichen Bewusstsein da und dort vorhanden, und immer mehr staatliche und private Instanzen fühlen sich verpflichtet, sich diesem Thema zu widmen. Durch den Entzug der öffentlichen Kontrolle im Drogenbereich, fällt auch die minimale Kontrolle der Ausbeutung der Frauen weg. Was heisst das?
Wir müssen ein besonderes Augenmerk auf die Situation drogenabhängiger Frauen richten. Nur, was heisst frauenspezifische Drogenarbeit?
Hier setzt meine Unsicherheit ein. Heisst das, zunehmend mehr Spezialeinrichtungen für Frauen zu schaffen? Heisst das, eine spezielle Drogenhilfestruktur für Frauen zu begründen? Stabilisieren wir damit nicht eine Ausgrenzung, eine Alarmsituation, einen Sonderstatus, der gerade wieder für viele eine sehr befriedigende entlastende Situation darstellt? Oder heisst das, eine möglichst integrative Hilfsstruktur zur Verfügung zu stellen, die die menschlichen Grundbedürfnisse generell angeht: Wohnen, Arbeit, Existenzsicherung?
Ich meine, es ist kein Entweder-Oder, auch wenn ich Ihnen gestehe, dass ich zur Zeit – wie immer und oben vermerkt, können wir nur auf eine beschränkte Zeit hinaus entscheiden – auf Integration tendiere, generell in der Drogenhilfe, generell in der Hilfe an Frauen. Aber das entspricht meiner jetzigen Rolle als staatliche Instanz, die ein schizophrenes Problem auch politisch angehen will und muss und nicht durch Hilfsstrukturen einfach stabilisieren und zudecken darf.

Zementierte Ausgrenzung durch frauenspezifische Angebote

Ich respektiere aber die Initiative von feministischen Gruppen, die im Sinne einer emanzipatorischen Selbsthilfe von Frauen für Frauen Angebote spezialisiert aufbauen und unterhalten wollen. Nur komme ich dann ins Dilemma, wenn diese Gruppen wie immer selbstverständlich staatliche Gelder wollen, um ihr Angebot aufrecht erhalten zu können. Soll der Staat Ausgrenzung stabilisieren? Immer deutlicher setze ich hinter diese Frage meine grössten Bedenken. Frauenspezifische Drogenarbeit könnte auch zu einem ungewollten Marketing mit der Aussage werden, dass drogenabhängige Frauen eben tatsächlich auszunützen sind, besonders, speziell, immer wieder und immer noch.

* Monika Stocker ist Stadträtin und Vorsteherin des Sozialamtes der Stadt Zürich. Der Text ist die redaktionell aufgearbeitete Version eines Referates, welches Monika Stocker am 14.6.1995 an der Tagung «Frauen – Sucht – Perspektiven» in Biel hielt.



Normalisierung durch verminderten Stress

Könnte es nicht sein, dass die politischen Rahmenbedingungen der Zukunft eine Normalisierung ermöglichen? Süchtige Frauen, süchtige Menschen generell, leben in unserer Gesellschaft wie andere Menschen auch, wenn auch unter dem besonderen Stress, den Sucht verursachen kann, aber nicht muss. Meine politische Arbeit, meine Arbeit an den Hilfsstrukturen geht in die Richtung, diesen Stress generell zu minimieren, also Möglichkeiten zu schaffen, dass Frauen, Männer, Jugendliche mit ihrer Sucht möglichst «normal» leben können und gerade nicht in ein Outcasting fallen, wo sie gehegt und gepflegt werden.

Was heisst Normalität für die Helfenden?

Ich füge eine ketzerische Überlegung an: Wie verändert sich unsere Rolle – also die der politisch und sozial engagierten Menschen – wenn Sucht «normal» wird, kein Special mehr ist, weder für die Medien, noch für PolitikerInnen, noch für die Hilfsfachleute, die wir Anerkennung daraus beziehen? Ketzerisch, ich weiss; ich bin hier aber klar vom Letten und wie viele von der Frustration der Nachlettenära geprägt. Die Evaluation dessen, was Hilfsmenschen durch die Schliessung des Letten verloren haben, steht noch aus. Die Integrationsleistung der Drogenabhängigen ist grösser – so denke ich oft – als die Anpassungsleistung vieler DrogencharismatikerInnen. Doch das ist vielleicht meine Bösartigkeit...

Wider eine Verspezifizierung von Problemgruppen

Die gängige These ist zu debattieren: Stimmt es, dass Drogenhilfe immer zielgruppenspezifisch sein muss? Könnte es nicht auch sein, dass Drogenhilfe heute und in Zukunft heisst, menschliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, in denen die Grundbedürfnisse Wohnen, Arbeiten, Existenz selbstverständlich/er, normal/er, alltäglich/er und zufriedenstellend/er befriedigt sind – auch für Menschen, die von jetzt noch illegal erklärten Drogen abhängig sind?

Im Moment – ich erinnere meine Aussage, dass es immer nur vorläufige Wege in dieser schizophrenen Situation gibt – geht meine Intention ganz klar in diese Richtung. Es braucht eine Vielfalt von Grundangeboten und nicht ein Einteilen der Abhängigen in immer spezifischere Gruppen, wenn wir so etwas wie eine minimale soziale Verantwortung in unserer individualistischen und gespaltenen Gesellschaft aufrecht erhalten wollen. Das ist, ich weiss, für Feministinnen und für VertreterInnen von Interessengruppen eine grosse Herausforderung – also auch für mich, und ich stelle mich ihr.

■